

Niederschrift

über die Sitzung am Donnerstag, 14.01.2010
im Kreishaus Borken

Anwesend:

Vorsitz:

Landrat Dr. Kai Zwicker

Mitglieder:

Eckart Ballenthin	Stadtlohn	bis TOP 10, 19 Uhr
Magdalene Garvert	Rhede	
Markus Jasper	Heek	
Markus Krafczyk	Bocholt	
Elisabeth Lindenhahn	Raesfeld	
Gerhard Ludwig	Borken	
Stephanie Pohl	Gescher	
Bernd Schöning	Stadtlohn	
Markus Schulte	Gronau	
Ursula Schulte	Vreden	
Silke Sommers	Bocholt	
Jens Steiner	Heek	
Wilhelm Stilkenbäumer	Reken	
Heinz-Josef Tönnies	Heiden	
Jörg von Borczyskowski	Gronau	
Gertrud Welper	Vreden	

Vertreter/innen der Verwaltung:

Ltd. Kreisrechtsdirektor Dr. Hermann Paßlick
Ltd. Kreisbaudirektor Hubert Grothues
Kreiskämmerer Wilfried Kersting
Sofia Arnold
Ramona Bülsing
Doris Gausling

Erledigung der Tagesordnung:

Landrat Dr. Kai Zwicker eröffnet um 17:07 Uhr die Sitzung und begrüßt die Erschienenen.

Er stellt fest, dass ordnungsgemäß geladen wurde und der Ausschuss beschlussfähig ist.

Einwendungen gegen die Tagesordnung sowie die Niederschrift der letzten Sitzung werden nicht erhoben.

A. Öffentlicher Teil

Punkt 1: Weiterentwicklung des Rechnungswesens

Landrat Dr. Kai Zwicker informiert, in der Sitzung der Interfraktionellen Arbeitsgruppe Verwaltungsentwicklung am 22.12.2009 hätten alle Vertreter der einzelnen Fraktionen dem vorgeschlagenen Weg zur Weiterentwicklung des Rechnungswesens zugestimmt.

Kreiskämmerer Wilfried Kersting ergänzt, die Eröffnungsbilanz sei im April 2008 erstellt worden. Der Jahresabschluss 2006 habe lediglich ein eingeschränktes Testat erhalten. Die Probleme beim Jahresabschluss 2006 würden sich in den Jahren 2007 und 2008 fortsetzen. Korrekturarbeiten für den Jahresabschluss 2007 seien erst nach Feststellung des Jahresabschlusses 2006 möglich. Die Mitarbeiter der Kämmererei würden trotz starker Belastung mit großem Engagement an der Erstellung der Jahresabschlüsse arbeiten. Es zeige sich aber, dass eine personelle Verstärkung in dem Bereich zwingend erforderlich sei. Parallel zu den Jahresabschlussarbeiten sei geplant, im Rahmen einer Organisationsuntersuchung die Aufbau- und Ablauforganisation des Rechnungswesens zu prüfen. Damit solle künftig ein NKf-konformes Rechnungswesen sichergestellt werden. Die Untersuchung solle von der Interfraktionellen Arbeitsgruppe Verwaltungsentwicklung begleitet werden.

Kreisausschussmitglied Steiner lobt den im Hinblick auf den Umgang mit Problemen neuen Stil des Landrats und Kreiskämmerers. Die Kritik der Opposition hätte viel eher ernst genommen werden müssen. Beim Jahresabschluss müsse die öffentliche Hand Vorbild für Unternehmen sein, von denen sie selbst ordnungsgemäße Abschlüsse verlange. Der Rechnungsprüfungsausschuss und der Leiter des Fachdienstes Revision und Aufsicht hätten gute Arbeit geleistet. Kreisausschussmitglied Tönnes solle seine gegenteiligen Äußerungen zurücknehmen.

Kreisausschussmitglied Tönnes erklärt, seine Kritik sei dem seinerzeitigen Kenntnisstand geschuldet. Die Sitzung der Interfraktionellen Arbeitsgruppe Verwaltungsentwicklung am 22.12.2009, in der viele Aspekte angesprochen worden seien, sei wohltuend gewesen. Die CDU-Fraktion habe die Vorlage der Jahresabschlüsse ebenfalls angemahnt, nur nicht so öffentlich. Nun gelte es, den eingeschlagenen Weg zu einem guten Ende zu begleiten.

Kreisausschussmitglied von Borzyskowski teilt mit, er habe den Umgang mit der Problematik in der Interfraktionellen Arbeitsgruppe Verwaltungsentwicklung auch sehr positiv aufgenommen. Der Kreis Borken habe den Umstieg auf das Neue Kommunale Finanzmanagement sicherlich etwas zu früh gewagt. Nun müsse aber der Blick nach vorne, hin zu konformen Jahresabschlüssen, gerichtet werden.

Kreisausschussmitglied Schulte, U., ist ebenfalls für die Offenheit und Transparenz dankbar. Sie habe sich auch geärgert, dass auf die Kritik der Opposition, die z.B. mehr Personal eingefordert habe, nicht eingegangen worden sei. Sie freue sich darauf, künftig zeitnah verlässliche Jahresabschlüsse vorgelegt zu bekommen. Dies sei für politische Entscheidungen von enormer Wichtigkeit.

Punkt 3: Feststellung der Gültigkeit der Landrats- und der Kreistagswahl vom 30.08.2009
Vorlage: 0340/2009

Berichterstatter: Vorsitzender Wahlprüfungsausschuss

Beschluss: einstimmig

Der Kreisausschuss empfiehlt dem Kreistag, Folgendes zu beschließen:

1. Die **Wahl des Landrats** des Kreises Borken vom 30.08.2009 wird gemäß § 46 b i.V.m. § 40 Abs. 1 Buchstabe d Kommunalwahlgesetz für gültig erklärt.
2. Die **Wahl zur Vertretung des Kreises Borken** vom 30.08.2009 wird gemäß § 40 Abs. 1 Buchstabe d Kommunalwahlgesetz für gültig erklärt.

Punkt 4: Änderung der Hauptsatzung des Kreises Borken
Vorlage: 0347/2009

Berichterstatter: Landrat Dr. Kai Zwicker
Ltd. Kreisrechtsdirektor Dr. Hermann Paßlick

Kreisausschussmitglied Ballenthin verweist zunächst auf einen redaktionellen Fehler. In der Erläuterung zu § 8 der Hauptsatzung des Kreises Borken müsse es statt „§ 6 Abs.1 Satz 2 a.F.“ richtig „§ 8 Abs.1 Satz 2 a.F.“ heißen. Er spreche sich darüber hinaus für eine einheitliche Regelung hinsichtlich der Abrechnung von Fraktionssitzungen, die unmittelbar vor Ausschusssitzungen stattfänden, aus. Für diese Fraktionssitzungen sollte kein Sitzungsgeld gezahlt werden, vielmehr sollten sie als zu der Ausschusssitzung gehörig betrachtet werden.

Landrat Dr. Kai Zwicker schlägt daraufhin vor, § 11 Abs. 1 um folgenden Satz zu ergänzen: „Für Vorbesprechungen der Fraktionen zu Kreistags-, Kreisausschuss-, Ausschusssitzungen, Unterausschüssen und Arbeitskreisen, die am gleichen Tag wie diese stattfinden, wird ein Sitzungsgeld nicht gezahlt.“

Auf Nachfrage von Kreisausschussmitglied Ludwig erklärt Landrat Dr. Kai Zwicker, sofern entsprechende Fraktionsvorbesprechungen zwar am selben Tag, aber bereits morgens stattfänden, sei die Kreistagsgeschäftsstelle kulant.

Landrat Dr. Kai Zwicker lässt sodann über den geänderten Beschlussvorschlag abstimmen.

Beschluss: einstimmig

Der Kreisausschuss empfiehlt dem Kreistag, Folgendes zu beschließen:

Die in der Anlage der Sitzungsvorlage Nr. 0347/2009 aufgeführten Änderungen der Hauptsatzung des Kreises Borken werden unter Berücksichtigung folgender Änderungen beschlossen:

1. In der Erläuterung zu § 8 der Hauptsatzung des Kreises Borken wird die Bezeichnung „§ 6 Abs.1 Satz 2 a.F.“ durch die Bezeichnung „§ 8 Abs.1 Satz 2 a.F.“ ersetzt.
2. § 11 Abs. 1 wird wie folgt geändert:
„Die Kreistagsmitglieder erhalten als Ausgleich für Auslagen und Aufwendungen in Zusammenhang mit dem Mandat eine pauschale monatliche Aufwandsentschädigung so-

wie ein Sitzungsgeld je Sitzung gem. EntschVO des Innenministeriums. Neben Kreistags-, Kreisausschuss-, Ausschuss- und Fraktionssitzungen wird ein Sitzungsgeld für Sitzungen von Unterausschüssen und Arbeitskreisen gewährt. Für Vorbesprechungen der Fraktionen zu Kreistags-, Kreisausschuss-, Ausschusssitzungen, Unterausschüssen und Arbeitskreisen, die am gleichen Tag wie diese stattfinden, wird ein Sitzungsgeld nicht gezahlt.“

Punkt 5: Änderung der Geschäftsordnung für den Kreistag und seine Ausschüsse
Vorlage: 0348/2009

Berichterstatte: Landrat Dr. Kai Zwicker
Ltd. Kreisrechtsdirektor Dr. Hermann Paßlick

Kreisausschussmitglied Lindenhahn regt an, in § 14 Abs. 7 der Geschäftsordnung eine Ausnahmeregelung für Fraktionsvorsitzende zu ergänzen.

Landrat Dr. Kai Zwicker bittet, zur eigenen Selbstdisziplin hiervon abzusehen und es zunächst mit der vorgeschlagenen Regelung zu versuchen. Er werde mehrfache Wortmeldungen in der Regel nicht beanstanden. Dem Kreistag bleibe es überdies unbenommen, die Geschäftsordnung jederzeit zu ändern. Eine Überprüfung könne Anfang 2011 erfolgen.

Kreisausschussmitglied Lindenhahn ist einverstanden.

Kreisausschussmitglied Steiner schlägt vor, die Frist zur Zuleitung der Niederschrift auf zwei Wochen zu verkürzen oder aber zumindest die jetzige 3-Wochenfrist einzuhalten. In anderen Kommunen liege die Frist bei nur einer Woche.

Kreisausschussmitglied Ballenthin gibt zu Bedenken, dass die Fristeinhaltung bei den Sitzungen von Kreisausschuss- und Kreistagssitzungen sicherlich problematisch sei. Wichtiger für die politische Beratung sei aber, die Niederschriften der Fachausschüsse rechtzeitig zu erhalten.

Landrat Dr. Kai Zwicker hält den Anspruch für berechtigt. Die Verwaltung werde sich ehrlich bemühen, die Fristen künftig einzuhalten. Auch weil die Zahl der Ausschüsse erhöht worden sei, spreche er sich dafür aus, es bei der 3-Wochenfrist zu belassen.

Kreisausschussmitglied Tönnies weist darauf hin, dass die Beschlüsse nach den Sitzungen feststünden und über die Internetseite des Kreises Borken sehr zeitnah abrufbar seien.

Kreiskämmerer Wilfried Kersting erklärt, die Beschlussempfehlungen der Fachausschüsse würden auch über die sogenannte „Blaue Liste“ transparent und zuverlässig zur Verfügung stehen. Zudem würden sie auch im Ratsinformationssystem veröffentlicht.

Kreisausschussmitglied Stilkenbäumer hält eine 2-Wochenfrist für sehr kurz. Denn auch der/die Ausschussvorsitzende müsse die Niederschrift vor der Veröffentlichung noch lesen und prüfen.

Kreisausschussmitglied von Borczyskowski teilt mit, mit dem Sitzungsdienst in der jüngeren Vergangenheit sei er zufrieden. Der Zugang zum Ratsinformationssystem für die neuen Kreistagsmitglieder würde jetzt kurzfristig sichergestellt.

Kreisausschussmitglied Steiner erklärt sich mit dem Beibehalten der bisherigen Frist einverstanden.

Kreisausschussmitglied Tönnies beantragt, die Ladungsfrist in § 1 Abs. 1 Satz 1 der Geschäftsordnung angesichts der knappen Vorbereitungszeit auf neun Tage zu verlängern.

Landrat Dr. Kai Zwicker weist darauf hin, dass es für das Einhalten der Ladungsfrist nur auf die Tagesordnung ankomme. Einzelne Sitzungsvorlagen könnten rechtmäßig nachgeschickt werden.

Kreisausschussmitglied Ballenthin beantragt den letzten Satz von § 5 der Geschäftsordnung in Anlehnung an § 31 der Kreisordnung NRW wird wie folgt zu ändern: „Fraktionen ab 10, ab 20 und ab 30 Mitgliedern dürfen jeweils ein weiteres Mitglied benennen.“

Kreisausschussmitglied Steiner fragt, ob die Fraktion Bündnis90/DIE GRÜNEN neben Frau Welper, die sowohl das Amt der Fraktionsvorsitzenden als auch das der dritten stellvertretenden Landrätin innehat, ein weiteres Mitglied in den Ältestenrat entsenden könne.

Kreisausschussmitglied von Borczyskowski erklärt, seine Fraktion sei für den vorliegenden Fall der Personalunion mit einem solchen Vorgehen einverstanden.

Landrat Dr. Kai Zwicker antwortet, er sei für tolerante Auslegungen, um Einzelfallregelungen zu vermeiden.

Kreisausschussmitglied Ballenthin beantragt § 19 Abs. 2 3. Satz der Geschäftsordnung zur Klarstellung wie folgt zu ändern: „Vor der Abstimmung kann ein Kreistagsmitglied für und/oder ein Kreistagsmitglied gegen den Antrag sprechen.“

Kreisausschussmitglied Schöning verkündet, sofern es zu der vorgeschlagenen Änderung des § 19 – Anträge zur Geschäftsordnung komme, werde er die eingereichte Klage zurückziehen.

Kreisausschussmitglied Ballenthin ist der Meinung, es solle den Fraktionen überlassen bleiben, für die Vertretung verhandelter Ausschussmitglieder zu sorgen. Deshalb beantrage er, die Wörter „die Kreistagsgeschäftsstelle und“ in § 28 Abs. 2 Buchstabe d) der Geschäftsordnung zu streichen.

Landrat Dr. Kai Zwicker lässt über den Beschlussvorschlag einschließlich der Änderungsanträge der Kreisausschussmitglieder Tönnies und Ballenthin abstimmen.

Beschluss: einstimmig

Der Kreisausschuss empfiehlt dem Kreistag, Folgendes zu beschließen:

Die in der Anlage der Sitzungsvorlage Nr. 0348/2009 beigefügten Änderungen der Geschäftsordnung werden unter Berücksichtigung folgender Änderungen beschlossen:

1. Die Ladungsfrist in § 1 Abs. 1 Satz 1 der Geschäftsordnung wird auf 9 Kalendertage verlängert.
2. § 5 letzter Satz der Geschäftsordnung wird wie folgt geändert: „Fraktionen ab 10, ab 20 und ab 30 Mitgliedern dürfen jeweils ein weiteres Mitglied benennen.“
3. § 19 Abs. 2 3. Satz der Geschäftsordnung wird wie folgt geändert: „Vor der Abstimmung kann ein Kreistagsmitglied für und/oder ein Kreistagsmitglied gegen den Antrag sprechen.“
4. In § 28 Abs. 2 Buchstabe d) der Geschäftsordnung werden die Wörter „die Kreistagsgeschäftsstelle und“ gestrichen.

**Punkt 6: Wahl der Mitglieder für den Aufsichtsrat der Entsorgungsgesellschaft Westmünsterland mbH
Vorlage: 0345/2009**

Berichterstatter: Landrat Dr. Kai Zwicker

Die Kreisausschussmitglieder Ballenthin und Jasper betonen, die die CDU-Fraktion habe nach den Vorfällen um die Finanzgeschäfte der Entsorgungsgesellschaft Westmünsterland mbH (EGW) als einzige Fraktion mit Herrn Bürgermeister Karl-Heinz Holtwisch und Herrn Hans Hund Externe für die Besetzung des Aufsichtsrats vorgeschlagen, um mehr Transparenz zu erreichen.

Kreisausschussmitglied von Borczyskowski schlägt vor, den Gesellschaftsvertrag der EGW dahingehend zu ändern, dass der Vorsitzende der Bürgermeisterkonferenz kraft seines Amtes Mitglied im Aufsichtsrat sei.

Kreisausschussmitglied Schulte, U., findet den Vorschlag für durchaus bedenkenswert.

Kreisausschussmitglied Steiner merkt an, das Problem werde hierdurch nicht gelöst, das die CDU-Fraktion dann ein anderes fünftes Mitglied benennen werde. Sofern zwischen den Fraktionen von CDU und SPD keine Einigung erfolge, müsse der Kreistag am 21.01.2010 nach dem Hare/Niemeyer-Verfahren abstimmen.

Landrat Dr. Kai Zwicker erklärt, die Bürgermeister im Kreis Borken hätten Herrn Bürgermeister Karl-Heinz Holtwisch aus Gronau für den Aufsichtsrat der EGW vorgeschlagen. Im November hätten sie ihn schriftlich gebeten, diesem Vorschlag zu folgen. Das Schreiben stelle er den Kreistagsabgeordneten gerne zur Verfügung. Zudem habe der Kreistag erst am 24.09.2009 den Gesellschaftsvertrag und mit ihm die jetzigen Regelungen über die Besetzung des Aufsichtsrats beschlossen. Der vorliegende Besetzungsvorschlag der CDU-Fraktion berücksichtige den Wunsch der Bürgermeister, und trage überdies auch der Forderung aus der damaligen Diskussion, externen Sachverstand in den Aufsichtsrat zu bringen, Rechnung. Er empfehle den Fraktionen, sich bis zur Kreistagssitzung in der kommenden Woche auf einen einheitlichen Wahlvorschlag zu einigen. Er stellt Einvernehmen fest, heute nicht über den Tagesordnungspunkt zu beschließen.

**Punkt 7: Landtagswahl 2010; Bildung der Kreiswahlausschüsse für die Wahlkreise 77 und 78 (Borken I und Borken II) sowie für den Wahlkreis 79 (Coesfeld I - Borken III)
Vorlage: 0343/2009**

Berichterstatter: Landrat Dr. Kai Zwicker

Beschluss: einstimmig

Der Kreisausschuss empfiehlt dem Kreistag, Folgendes zu beschließen:

Als Beisitzer/innen im Kreiswahlausschuss für die Landtagswahl 2010 werden gewählt:

- a) für die Wahlkreise 77 und 78 (Borken I und Borken II)

Beisitzer/in	(persönliche/r) Stellvertreter/in
1. Eckart Ballenthin	1. Hendrik Klöpffer
2. Paul Lensing	2. Günther Dirks
3. Anne König	3. Johannes Maus

4. Heiko Nordholt	4. Barbara Seidensticker-Beining
5. Jörg von Borczyskowski	5. Markus Krafczyk
6. Jens Steiner	6. Gertrud Welper

b) für den Wahlkreis 79 (Coesfeld I - Borken III)

Beisitzer/in	(persönliche/r) Stellvertreter/in
1. Eckart Ballenthin	1. Hendrik Klöpffer
2. Paul Lensing	2. Johannes Maus
3. Günther Dirks	3. Josef Kipp

Punkt 8: Satzung für das Jugendamt des Kreises Borken
Vorlage: 0289/2009

Berichterstatter: Ltd. Kreisrechtsdirektor Dr. Hermann Paßlick

Beschluss: einstimmig

Der Kreisausschuss empfiehlt dem Kreistag, die vorliegende Satzung für das Jugendamt des Kreises Borken zu beschließen.

**Punkt 9: Pilotprojekt Weiterentwicklung von Förderschulen zu Kompetenzzentren
sonderpädagogischer Förderung im Land Nordrhein-Westfalen
Kreisweites Konzept unter Beteiligung der Brüder-Grimm-Schule, För-
derschule mit dem Schwerpunkt Sprache, und Hans-Christian-
Andersen-Schule, Förderschule mit dem Schwerpunkt emotionale und
soziale Entwicklung**
Vorlage: 0321/2009

Berichterstatter/in: Landrat Dr. Kai Zwicker

Landrat Dr. Kai Zwicker teilt mit, das Ministerium für Schule und Weiterbildung NW habe signalisiert, dass das Konzept des Kreises Borken bei einer Nachbesserung mit einer Genehmigung rechnen könne.

Kreisausschussmitglied Schulte, U., kritisiert, das kreisweite Konzept hätte im Ausschuss für Schule, Bildung, Kultur und Sport vorberaten werden müssen. Es sei aber ein Schritt in die richtige Richtung, weshalb ihre Fraktion dem Beschlussvorschlag zustimmen werde. Die Verwaltung solle noch mitteilen, wie die Förderung der Verwaltungsstellen durch das Land NRW genau aussehe.

Kreisausschussmitglied Tönnies bedauert, der Fachausschuss habe sich wegen der Ferien nicht mit dem Thema befassen können. Um die Pilotphase überhaupt erreichen zu können, sei zur Fristwahrung und vorbehaltlich der Zustimmung des Kreistags, das Konzept an das Ministerium weitergeleitet worden. Es sei der 1. Schritt auf dem richtigen Weg.

Kreisausschussmitglied Welper erklärt, das Pilotprojekt und die UN-Behindertenrechtskonvention müssten voneinander unterschieden werden. Im Hinblick auf Letzteres sei der jetzige Schritt nicht ausreichend. Die Kompetenz müsse vielmehr von den Förderschulen auf

Auf Nachfrage von Kreisausschussmitglied Jasper erklärt Ltd. Kreisbaudirektor Hubert Grothues, das Angebot solle zwar sektoren- und branchenunspezifisch erfolgen, ein Bedarf bestehe aber nur für die Breitbandverkabelung. Die hiesigen Versorgungsunternehmen würden sehr intensiv eingebunden.

Der Kreisausschuss nimmt den Zwischenbericht zur Umsetzung des Breitbandkonzepts zur Kenntnis.

Punkt 13: Demographiekonzept Kreis Borken
Vorlage: 0297/2009

Berichtersteller: Ltd. Kreisrechtsdirektor Dr. Hermann Paßlick

Frau Doris Gausling stellt das Demographiekonzept Kreis Borken vor.

Kreisausschussmitglied Stilkenbäumer erklärt, das Konzept sei sehr überzeugend und zukunftsweisend. Es zeichne sich dadurch aus, dass es über die sachliche Auflistung hinaus eine Mithilfe von allen einfordere.

Kreisausschussmitglied Welper bedankt sich für die Arbeit und schlägt vor, die verschiedenen Teile vor einer Abstimmung im Kreistag zunächst in den jeweils zuständigen Fachausschüssen sorgfältig vorzubereiten.

Die Kreisausschussmitglieder Schulte, U., und Stilkenbäumer unterstützen den Vorschlag.

Auf Nachfrage von Kreisausschussmitglied Schulte, U., antwortet Kreiskämmerer Wilfried Kersting, die Basisfinanzierung für das Netzwerk Westmünsterland sei neben der Beteiligung des Kreises Borken durch die Zusagen der Sparkasse Westmünsterland und der VR Bank Westmünsterland gewährleistet. Darüber hinaus beteilige sich der Kreis Borken projektbezogen an den Personalkosten.

Landrat Dr. Kai Zwicker hält eine Beratung in den Fachausschüssen nicht für sinnvoll. Er schlage eine Bündelung vor, indem das Konzept in die Kreisentwicklungsplanung, für die Frau Gausling auch tätig sein werde, einfließe.

Kreisausschussmitglied Steiner entgegnet, ein schneller Kreistagsbeschluss werde dem sehr umfangreichen Konzept nicht gerecht.

Landrat Dr. Kai Zwicker stellt klar, den Fachausschüssen bleibe es nicht nur unbenommen, das Konzept in die tägliche Arbeit miteinfließen zu lassen und weiterzuentwickeln, vielmehr sei es gerade als Arbeitspapier gedacht. Er schlage hilfsweise vor, den ersten Satz des Beschlussvorschlags in eine Kenntnisnahme umzuformulieren. Der Schwerpunkt liege auf dem zweiten Satz.

Kreisausschussmitglied Ludwig empfiehlt, nicht das gesamte Konzept, sondern nur die neu formulierten Ziele im Fachausschuss vorzubereiten.

Kreisausschussmitglied Pohl findet, das Demographiekonzept sei eine Querschnittsaufgabe, weshalb eine Beratung in den Fachausschüssen keinen Sinn habe.

Kreisausschussmitglied von Borzyskowski sieht Einigkeit darin, dass das komplexe Thema aufgearbeitet werden müsse. Es handele sich aber um einen fortlaufenden Prozess, in dem Anregungen z.B. aus den Fachausschüssen aufgenommen werden könnten, ohne dass dort eine gesonderte Beratung stattfinde. Er befürworte den geänderten Beschlussvorschlag des Landrats.

Kreisausschussmitglied Tönnies warnt das Konzept durch Einzelmaßnahmendiskussionen zu zerstückeln.

Die Kreisausschussmitglieder Welper und Lindenhahn erklären, sie könnten dem umformulierten Beschlussvorschlag zustimmen.

Landrat Dr. Kai Zwicker schlägt dann eine zustimmende Kenntnisnahme vor, um Anerkennung und Einigkeit in den wesentlichen Fragen zu signalisieren.

Die Kreisausschussmitglieder Steiner und Lindenhahn lehnen dies ab. Letztere bittet, heute keinen Beschluss zu dem Tagesordnungspunkt zu fassen.

Landrat Dr. Kai Zwicker stellt Einvernehmen fest, entsprechend zu verfahren.

**Punkt 14: Resolution zum Bleiberecht für langjährig geduldete Menschen
Antrag der SPD-Fraktion vom 06.01.2010
Vorlage: 0003/2010**

Berichterstatterin: Fraktionsvorsitzende Ursula Schulte

Kreisausschussmitglied Schulte, U., nimmt den Antrag zurück. Sie kündigt an, zum Ausschuss für Sicherheit und Ordnung am 01.03.2010 zwei neue Anträge zu stellen, in denen die beiden Anliegen je gesondert voneinander zur Diskussion gestellt werden sollen.

Punkt 15: Mitteilungen der Verwaltung

keine

Punkt 16: Anfragen

keine

Ende des öffentlichen Teils